

Rede von Hannes Rockenbauch am 18.12.2015, 3. Lesung Haushalt 2016/17

Die Kehrseite der Vernunft



Gemeinderatssitzung 1. Lesung Haushalt 2016/2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Föll, werte Kolleg_innen, am 22.10. stand ich hier und habe Ihnen unseren „Alternativen Haushaltsentwurf“ vorgestellt. Wir haben in allen für die Stadt Stuttgart entscheidenden Themenfeldern grundsätzliche Ideen und zu vielen Punkten ganz konkrete Anträge eingebracht. Wir haben den von OB Kuhn vorgestellten Haushalt einem Faktencheck unterzogen, um darzustellen, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf keine „Vision für eine nachhaltige Stadt“ ist, sondern ein Armutszeugnis für eine reiche Stadt wie Stuttgart. Zum Haushaltsentwurf von OB Kuhn hat sich dann noch die neue schwarz-grüne „Vernunftskoalition“ gesellt, um den Haushalt nach den Vorstellungen von OB Kuhn und dem Ersten Bürgermeister Föll schnell und mit wenigen Diskussionen in den Beratungen durchzuwinken. Heute haben wir nochmals die letzte Chance als Gemeinderat, doch noch die richtigen

Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt zu beschließen.

Werte Kolleg_innen der Grünen, gemeinsam mit der SPD haben wir immer noch eine rechnerische Mehrheit für eine ökologische und soziale Politik in unserer Stadt. Ich möchte Sie einladen, diese Mehrheit zu nutzen. Wir sind bereit, dem Haushalt zuzustimmen, wenn Sie bei folgenden 5 Punkten umschwenken. Dafür müssten Sie sich nicht einmal weit auf uns zu bewegen, da Sie vieles davon in Ihren eigenen Parteiprogrammen auf kommunaler und landesebene festgeschrieben haben.

1. KOMMUNALE FINANZEN

Wir möchten in den nächsten Jahren Fehlausgaben, Fehlinvestitionen und Einnahmen sozial und ökologisch sinnvoll umverteilen. Zu den Fehlinvestitionen, die wir streichen wollen, gehört die völlig über-tauerte Sanierung der Wagenhallen mit

30 Mio., der Ausbau der Verkehrsleitzentrale, der Bau des Rosensteintunnels und ja, auch die Streichung der Mittel für Stuttgart 21. Aber da uns bewusst ist, dass Sie bei diesen Punkten eine andere Politik verfolgen, wollen wir Ihnen einen Kompromiss anbieten: Lassen Sie uns die Wirtschaft an der Finanzierung der Bildungseinrichtungen und der Flüchtlingsunterbringung beteiligen. Wir fordern eine Erhöhung der Gewerbesteuer und die Einführung einer sogenannten „Bettensteuer“, statt einer Erhöhung der Kita-Gebühren um 13%. Es kann doch nicht sein, dass wir mit einer rechnerischen ökosozialen Mehrheit hier im Gemeinderat Eltern belasten und Unternehmen und die Wirtschaft schonen?! Erst am Wochenende hat die SPD auf ihrem Landesparteitag erneut beschlossen, dass „Familien finanziell entlastet werden sollen und die Beitragsfreiheit für Kindergärten



Hannes Rockenbauch
Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

und Kitas“ eingeführt werden sollen. Und die Grünen haben im Kommunalwahlprogramm festgeschrieben, dass die „Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher attraktiver“ werden sollen. Dann darf doch jetzt nicht der neue Tarifvertrag der Erzieher_innen gegen die Eltern ausgespielt werden. Wir beantragen statt einer Erhöhung der Kita-Gebühren die Einführung eines beitragsfreien letzten Kita-Jahres! Das würde uns für 2016 und 2017 rund 950.000 € kosten. Das ist vernünftige und konsequente soziale Politik.

2. UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kuhn, Sie verkünden nun seit Jahren, dass Sie 20 % weniger Autos bis zum Jahr 2020 im Kessel haben wollen, um den Feinstaub zu reduzieren. In Ihrem Haushaltsentwurf sind aber leider keine Maßnahmen vorgesehen, wie Sie dies erreichen wollen. Ihre Maßnahmen beschränken sich auf eine „Hokuspokus-Mooswand“. Ab 2016 soll jetzt ein Feinstaubalarm eingerichtet werden, der wiederum für 2 Jahre keine Konsequenzen haben soll. Erst vor ein paar Wochen hat die Bürgerinitiative Neckartor bei einer Demo gefordert, endlich konkrete Maßnahmen umzusetzen. Appelle helfen nicht weiter. Wir brauchen eine radikale Kehrtwende in der bisherigen Verkehrspolitik.

Im Haushalt 16/17 sind wieder für die Instandhaltung von Straßen über 100 Mio. € eingestellt. Die stadteigene SSB hingegen ist gezwungen, den Ausbau des Nahverkehrs vor allem über jährlich steigende Ticketpreise zu finanzieren. Diese Preisspirale wollen wir beenden mit einer solidarischen Nahverkehrsabgabe. Verkehrsminister Hermann wollte dies umsetzen und OB Palmer in Tübingen fordert dies ebenfalls. Aber

da die Rahmenbedingungen noch nicht gegeben sind, können wir kurzfristig Maßnahmen im Haushalt beschließen: Wir fordern die Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet, um den Fuß- und Radverkehr deutlich attraktiver zu machen und wir fordern die Einführung eines 10 Minuten-Takts bei der SSB bis 23 Uhr. Eine Maßnahme die verhältnismäßig günstig ist, wenn man bedenkt, wie viel Geld für den Bau des Rosensteintunnels verbuddelt wird. Ein Ausbau des Nahverkehrs ist schon heute mit unserer rechnerischen ökosozialen Mehrheit machbar.

3. SOLIDARITÄT UND SOZIALE TEILHABE

Eines der wichtigsten Themen für unsere Fraktionsgemeinschaft ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: für Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, für Studierende und für die hier lebenden Flüchtlinge. Wir benötigen einen Bodenfonds, der Grundstücke kauft statt verkauft. So lange im Haushalt der Verkauf von Grundstücken festgeschrieben ist, können wir diesem als Fraktion nicht zustimmen. Die Entwicklung von Stuttgart dürfen wir nicht mehr Immobilienhain und Freund_innen von EBM Föll überlassen. Dieser Fonds wird mittlerweile aus vielen Richtungen in ganz Deutschland diskutiert. Es geht dabei nicht um das „ob“, wie in Stuttgart, sondern um das „wie“.

Nach den eigenen Prognosen der Verwaltung werden wir bis zum Jahr 2020 um die 1.600 durch Mietpreisbindung geförderter Wohnungen verlieren. Trotz der von OB Kuhn geplanten 300 neuen Wohnungen im Jahr. Aber selbst diese werden ja nicht gebaut. Selbst SIM wird zur Handelsware, wie beim Verkauf von Flächen bei der Villa Berg.

Die Bundesarchitektenkammer, alles andere als eine linke Organisation, schreibt am 20. November 2015 ein Positionspapier mit dem Titel „Bezahlbarer Wohnungsbau für Alle!“. „Kommunen und Länder sollten für den Wohnungsbau Grundstücksflächen zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Kommunen sollten überdies wieder eine aktive Vorratspolitik zur Förderung des sozialen

Wohnungsbau betreiben, um so Grundstücke nach Erwerb und Baufreimachung an Bewerber, unter Beachtung sozialer Gesichtspunkte, preisgünstig zu veräußern“. Herr BM Pätzold, ich hoffe, Sie haben den gesamten Text gelesen! Werte Kolleg_innen der Grünen und der SPD, lassen Sie uns in der aktuell günstigen Kreditsituation den Antrag für ein Gemeinde-Wohnbauprogramm von 125 Mio. € beschließen, um damit 1.000 Wohneinheiten zu schaffen. Wenn wir dies nicht heute umsetzen, wird sich das in Zukunft teuer rächen.

Dasselbe gilt für den Betreuungsschlüssel in den Flüchtlingsunterkünften. Wenn wir heute nicht der Forderung der LIGA der Wohlfahrtsverbände und der vielen Ehrenamtlichen in den Flüchtlingsfreundeskreisen folgen und den Betreuungsschlüssel von 1:136 nicht verbessern, dann wird dies in der Zukunft auf die Teilhabechancen der vielen dann neuen Stuttgarter_innen Konsequenzen haben. Wir haben einen Betreuungsschlüssel von 1:100 beantragt, werden aber jetzt dem gemeinsamen Antrag mit SPD, FDP, FW auf 1:120 folgen, denn alles, was besser ist als der heutige Zustand, ist eine dringend notwendige, wichtige Verbesserung. Da hilft es auch nicht, dass – liebe Anna und lieber Andreas – Ihr FSJler_innen und Hauptamtliche gegeneinander ausspielt und dass Ihr versucht, das Ganze als ein „Paket“ mit ein bisschen höherem Zuschuss zu verkaufen. Die Diskussion und Ihre Verrenkungen in der Argumentation im Internationalen Ausschuss mit den sachkundigen Bürger_innen hat deutlich gemacht, dass der einzig vernünftige Beschluss wäre, deutlich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen für qualifizierte hauptamtliche Sozialpädagog_innen, um einen Betreuungsschlüssel von 1:120 zu erreichen. Mit unserer ökosozialen Mehrheit müssten Sie sich nicht so verrenken, um Ihre Einigkeit mit der CDU beizubehalten.



Hannes Rockenbauch bei seiner Rede zum Haushalt 2016/2017

4. KUNST UND KULTUR

Das von den sachkundigen Bürger_innen im Kulturausschuss erarbeitete Konzept zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung von institutionell geförderten Kultureinrichtungen wurde von OB Kuhn und EBM Föll in den Haushaltsberatungen nur zu einem Drittel übernommen. Die durchgeführte Bürgerbeteiligung spielte in diesem Fall keine Rolle.

Gleichzeitig finanzieren wir mit Haushaltsmitteln von jährlich rund 47 Mio. € die Staatstheater Stuttgart. Die John-Cranke-Schule wird auch noch mit 16 Mio. € finanziert. Alles wichtige Aufgaben, gegen die wenig spricht, würden im Vergleich die vielen kleinen, ebenfalls wichtigen Kultureinrichtung unserer Stadt ebenfalls angemessen gefördert werden. Auch in diesem Fall haben wir einen Deckungsvorschlag gemacht. Die Zuschüsse für die Staatstheater sollen auf das Niveau von 2013 zurückgeschraubt werden. Damit ließen sich 2 Mio. jährlich umschichten für die Förderung der Subkultur.

Gleichzeitig mussten wir dann feststellen, dass es nicht an den fehlenden Finanzmitteln liegt, sondern an der falschen Prioritätensetzung. Bestes Beispiel dafür ist die Förderung des Colours-Dance-Festivals mit zusätzlichen 100.000 €. Bis heute ist der OB in dieser Frage eine klare Antwort schuldig geblieben. Aber der Gemeinderat und die „Vernunftkoalition“ könnte ja gegensteuern, und z. B. stattdessen wichtige Inklusionsprojekte wie das „Rondo Vocale“ mit 800 € jährlich zu fördern oder die Initiative Bohnenviertel. Dieses Geld ist vorhanden, wird nur an der falschen Stelle ausgegeben!

5. TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

Wir erleben heute zum ersten Mal die Live-Übertragung von Reden aus einer Gemeinderatssitzung. Es freut uns sehr, Herr Oberbürgermeister, dass Sie nun endlich unserer langjährigen Forderung einen Schritt näher kommen und für mehr Transparenz sorgen. Heute gibt es aber leider nur die Eingangsreden zu sehen, obwohl die Technik und die Möglichkeiten im Rathaus bestehen, um die ganze Debatte live zu übertragen.

Wir sind in Stuttgart noch weit von einer echten Bürgerbeteiligung entfernt. Die Beteiligungsrechte- und -möglichkeiten der Menschen in unserer Stadt müssen ausgebaut werden. Dafür braucht es einen echten Bürgerhaushalt, der diesen Namen verdient, mit einem festen Budget und der Möglichkeit, in einem längeren Prozess verbindliche Entscheidungen treffen zu dürfen. Uns ist bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen umzusetzen ist.

Was wir aber definitiv endlich umsetzen müssen und schon seit über 20 Jahren von einer Haushaltsberatung zur nächsten verschieben, ist die Direktwahl der Bezirksbeirät_innen. 1992 haben wir hier im Gemeinderat, von den Grünen bis zu den Freien Wählern, eine Direktwahl gefordert. Die Verwaltung hat sich damals mit verschiedenen Argumenten dagegen durchgesetzt und das Ganze auf spätere Jahre verschoben. Es ist an der Zeit, dies nun in die Wege zu leiten, damit eine Direktwahl im Jahr 2019 umgesetzt werden kann. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, mit dem klaren Bekenntnis zu einer Direktwahl, zusätzlich mit der Aufforderung an die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen und die Prozesse durch den Gemeinderat mit einem Arbeitskreis zu begleiten. Werte Kolleg_innen der Grünen und SPD, lasst uns diesen wichtigen Schritt in Richtung mehr direkter Demokratie endlich umsetzen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass wir dem heutigen Haushalt nur zustimmen können, wenn folgende Punkte in den Haushalt einfließen:

- 1 Die Wirtschaft muss stärker an der Finanzierung der anstehenden Herausforderungen beteiligt und die Bürger_innen stärker entlastet und nicht belastet werden.
- 2 Der Ausbau des Nahverkehrs muss vorrangig finanziert werden. Der Individualverkehr muss stärker belastet und unnötige Ausgaben müssen eingespart werden.
- 3 Der Wohnungsbau muss endlich in der entsprechenden Höhe betrieben und finanziert werden, sonst stehen wir in Zukunft vor erheblichen Schwierigkeiten. Und wir müssen damit aufhören, Stuttgarter Grund und Boden zu veräußern!
- 4 Die Ausgaben in der Kultur müssen gerechter verteilt werden, weg von immer mehr Prestigeprojekten, hin zu kleinen Institutionen, die meist gesellschaftlich wichtige Projekte durchführen und dringend auf unsere Förderung angewiesen sind.
- 5 Wir müssen mit der Bürgerbeteiligung ernst machen und mehr Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse abgeben. Die Bezirksbeirät_innen müssen im Jahr 2019 direkt gewählt werden können.

Sie haben mit ihren bisherigen Beschlüssen viel Lametta auf dem Weihnachtsbaum verteilt, dieser mag jetzt schön glänzen und den ein oder anderen täuschen, aber spätestens am Tisch fällt dann auf, dass es nichts zum Essen gibt. Lassen Sie uns das mit unserer rechnerischen ökosozialen Mehrheit ändern.

Vielen Dank!



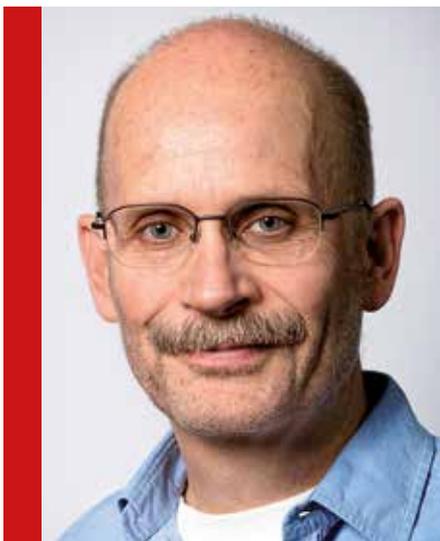
Abrissarbeiten am ehemaligen Olgäle in Stuttgart West



Banner bei einer Demo für höhere Gehälter in der Altenpflege

von Tom Adler

Sozialer kommunaler Wohnungsbau jetzt!



Thomas Adler

Stadtrat
DIE LINKE

Der soziale Wohnungsbau in Deutschland ist dank neoliberaler Politik zum Sanierungsfall geworden. Immobilieninvestitionen in Ballungszentren bieten hohe Kapitalverzinsung und sind Objekt der Begierde bei Investoren. Der Geldmarkt bietet keine Zinsen, daher strömt das Kapital in die Produktion von hochpreisigen Eigentumswohnungen und nicht in sozial gebundene Mietwohnungen mit wesentlich geringeren Renditen. Preiswerte Wohnungen werden abgerissen und teure, ohne Belegungsbindungen, neu gebaut. Sozial gebundene Wohnungen werden vorzeitig abgelöst, um wenig solvente Mieter durch zahlungskräftiges Klientel zu ersetzen. Diese Entwicklung ist auch in Stuttgart sichtbar. Laut Angaben des Statistischen Landesamts fehlen in Stuttgart insgesamt 16.000 Wohnungen.

Seit 1992 ist die Zahl der Wohnungen in Stuttgart mit Mietpreisbindung von 21.900 auf 15.500 im Jahr 2015 gesunken. Selbst wenn die zaghaften Programme der Stadt zum sozialen Wohnbau erfolgreich sein sollten, wird sich der Wohnungsbestand bis 2019 um weitere 2800 Sozialwohnungen verringern.

■ Die Mietpreisbremse ist richtig, schafft aber ebenso wenig neue Wohnungen, wie der Verzicht auf höhere Pachteinahmen für Wohnungen auf längst bebauten Grundstücken.

■ Die Verlängerungen von Mietpreisbindungen halten den Trend des Herausfallens vieler Wohnungen nicht auf. Es ist für Vermieter, die Fördermittel vorzeitig zurückzahlen, schlicht rentabler auf dem freien Wohnungsmarkt zu vermieten.

■ Die Verabschiedung des Zweckentfremdungsverbots ist richtig, erfordert aber politischen Nachdruck und mehr städtisches Personal zu dessen Umsetzung. Unsere Fraktionsgemeinschaft hatte – leider erfolglos – hierfür mehr Personal beantragt. Mit der Durchsetzung dieses Verbots könnten große Gebäude, die seit langem leer stehen, beschlagnahmt werden. In Stuttgart stehen 11.000 Wohnungen leer.

■ Das SIM-Konzept, wonach in Neubauten 20 % Sozialwohnungen gebaut werden müssen, ist völlig unzureichend und darf Investoren nicht als Verhandlungsmasse preisgegeben werden, wie zuletzt beim Verkauf der Villa Berg mit dem Investor PDI, der jetzt 40 Wohnungen am Parkrand ohne SIM-Auflage bauen darf.

Wohnungssuchende sehen sich exorbitant steigenden Miet-, Wohnungs- und Grundstückspreisen gegenüber. Die Spaltung der Gesellschaft wächst, der Anteil der Menschen mit geringen Einkommen nimmt zu. Neben 6000 wohnungssuchenden Studenten in der Kartei des Studierendenwerks, suchen prekär Beschäftigte, Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge Wohnraum. Selbst mittlere Einkommensbezieher haben inzwischen größte Probleme, Wohnraum zu finden. Die Notfallkartei des Amts für Liegenschaften und Wohnen umfasst über 4000 Menschen, die Hälfte davon sind Not- und Dringlichkeitsfälle! Die Stadt musste eine dritte zentrale Notübernachtungsstelle einrichten, weitere werden bald benötigt.

Es ist Zeit für einen radikalen Kurswechsel. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS hat daher in den Haushaltsberatungen beantragt, 125 Mio. Euro jährlich für ein Gemeindewohnungs-Bauprogramm zu investieren, um 1000 Wohneinheiten in städtischer Regie zu schaffen. Doch dieser und weitere Anträge zu einer sozialen Wohnungspolitik scheiterten an der schwarz-grünen „Vernunft-Koalition“. Unsere Fraktionsgemeinschaft fordert bereits seit langem eine konsequente städtische Bodenvorratspolitik samt Ausbau des Gemeindewohnungsbaus.

Die Flächen der Stadt Stuttgart dürfen nicht an Investoren verkauft werden.

Ferner muss in bestehenden Baugebieten nachverdichtet werden. Auf die Zuwanderung von Flüchtlingen muss ebenfalls mit einem Wohnbauprogramm reagiert

werden, denn viele Flüchtlinge von heute werden Stuttgarter_innen von morgen sein. Neben dem Bau teurer Provisorien wie Systembauten und Containerdörfern müssen bleibende Wohnungen errichtet werden. Statt sich auf kurz- und mittelfristige Lösungen zu beschränken, plädieren wir für einen langfristig angelegten kommunalen sozialen Wohnungsbau, wie ihn die Stadt Salzburg entwickelt hat:

2005 sah sich die Stadt Salzburg 1,5 Mrd. Euro Schulden in der Wohnbauförderung gegenüber. Ein Jahr später hat sie sich komplett von der Finanzierung über private Banken verabschiedet. Es wurde eigens ein Salzburger Fonds gegründet. Der Fonds wurde aus zweckgebundenen Zuschüssen des Bundes sowie aus Mitteln der EU für umweltrelevante Investitionen aufgebaut. Der staatliche Fonds kann aufgrund seiner gemeinnützigen Zielsetzung Gelder von der Bundesbank für niedrigste Zinssätze erhalten. Für Mieter und Käufer ist in der Miete ein niedriger Zinssatz einberechnet. Je nach Förderart für Mietwohnungen oder selbst genutzte Eigenheime beträgt die Zinslast nur 1 bis 2,5 % auf die gesamte Laufzeit, die meist 30 Jahre läuft. Damit konnten in Salzburg bei einer typischen Standardwohnung die Baukosten pro Quadratmeter von knapp 1000 Euro auf knapp 600 Euro reduziert werden. Der für das Thema zuständige Landrat Walter Blachfellner hierzu: „Was bisher die Banken verdient haben, fließt nun in billigere Mieten und mehr Bauvolumen.“ Auch in Amsterdam ist ein Fonds gegründet worden und Wien macht es uns seit Jahrzehnten vor: etwa ein Viertel aller Wiener wohnt in städtischen „Gemeindewohnungen“ mit sehr günstigen Mieten.

Unser Antrag, 25 Mio. Euro pro Jahr für die Einrichtung eines Kommunalen Bodenfonds einzuplanen, wurde abgelehnt!

Warum entwickelt Stuttgart nicht ein nachhaltiges Modell zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums?



Bau von Eigentumswohnungen in Stuttgart

von Stefan Urvat

Demokratie und Transparenz ausbauen



Stefan Urvat
Stadtrat
Piratenpartei

Trotz des inhaltlichen Widerstands v. a. des SPD-geführten Innenministeriums, das leider für viele Fragen federführend ist, gibt es jetzt einen fast schon beschlossenen Gesetzentwurf für Informationsfreiheit sowie deutliche Verbesserungen hinsichtlich Auskunftspflichten von Kommunen in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Die wichtigsten davon sind:

- Verpflichtende Bereitstellung von Sitzungsunterlagen im Internet vor diesen.

- Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im Internet.
- erstmalige nicht betroffenenheitsbedingte Auskunftsrechte an Landes- und kommunale Behörden.

Dass erstmals Livestreams von den Eingangsreden der Fraktions- und Gruppenvorsitzenden zur dritten Lesung des Haushalts angeboten wurden, zeigt wieder, dass das alles ginge, aber noch zu wenig Bereitschaft besteht, es allgemein umzusetzen. Auch bei den anderen Themen zeigt sich eine erschreckende Ignoranz bzw. Unwillen von Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit: für die vorgeschriebenen Dokumentationszwecke war man bisher noch nicht einmal bereit, über Ressourcen- und Stellenbedarfe zu sprechen. Bei inhärenten Problemen des neuen Landesinformationsfreiheitsgesetzes wie fehlende Gebührengrenzen oder absoluten Ausschlussgründen wurde ebenfalls abgewiegelt.



Global Marijuana March Stuttgart

So werden Geschäftsgeheimnisse und Urheberrechte wieder einmal als Ausschlussgründe verabsolutiert, was die Landeshauptstadt via Satzung für ihren Bereich abmildern könnte. Auch war man nicht bereit, Obergrenzen bzw. niedrigere Werte für Gebühren einzuführen. Nach Landesrecht sind zwar einfache Auskünfte (z. B. direkt am Telefon beantwortbare) kostenlos, aber anspruchsvollere können ohne Vorwarnung Rechnungen von bis zu 200 Euro an den Informationssuchenden auslösen, bei Werten darüber gibt es einen Kostenvorschlag, der aber keinerlei Deckelung unterliegt. U. U. kann da mit Gebühren von mehreren Tausend Euro gedroht werden, so dass die meisten sicher davor zurückschrecken werden. In dem viel besseren Umweltinformationsgesetz BW gibt es eine generelle Gebührenobergrenze von 500 Euro pro Auskunft.



Überwachungskamera in Stuttgart

von Stefan Urvat

Cannabis Social Club (CSC)

Im Bürgerhaushalt auf Platz 15 gewählt, ist dies ein zeitgemäßes Thema. Denn mittlerweile werden auch in Deutschland die Stimmen aus der Fachwelt immer lauter, die eine Liberalisierung verlangen bzw. empfehlen. Z. B. hatten unlängst 200 Professoren zu einem veränderten, liberaleren Umgang mit Cannabis aufgerufen. Es gibt schon umfangreiche, überwiegend positive Erfahrungen aus Ländern wie Portugal, den Niederlanden, Uruguay und sogar US-Bundesstaaten wie z. B. Kalifornien, wo die Kriminalisierung von Cannabis-Besitz und -Gebrauch beendet wurde.

Besonders interessant ist das Modell des Cannabis Social Club, der v. a. in Katalonien und dort schwerpunktmäßig in Barcelona existiert.

Es handelt sich um einen geschlossenen Verein nur für Mitglieder, die einander persönlich kennen und zwecks Konsum von Cannabis dem Club angehören, in dem ein kundiger Gärtner den Bedarf seiner Mitglieder anpflanzt, genau Buch darüber führt, auch über die Ausgabe an die Mitglieder in verschlossenen Tütchen mit Clublogo.

Damit kann auch vermieden werden, dass zu große Mengen konsumiert werden; gegen die Weitergabe schützen Sanktionen des Clubs.

Viele dieser Clubs bieten auch nur oder auch medizinisches Cannabis (Schmerzmittel mit geringen Nebenwirkungen) an.

Die Landeshauptstadt Stuttgart könnte beim Bundesamt für Medikamente und Drogen eine Ausnahmegenehmigung für

einen solchen Club mit einer Rahmensatzung beantragen. Potenzielle Betreiber dafür gibt es schon genug in Stuttgart, es ist nur noch nicht wirklich klar, ob der politische Wille für den Versuch existiert. Die Vorlage des Gesundheitsamts, einen Runden Tisch zu diesem Thema für 10.000 Euro einzurichten, brachte mich angesichts des schwarzgrünen Blocks der Haushaltsberatungen in eine schwierige Situation, weil die CDU nicht bereit ist, dafür auch nur einen Cent auszugeben. Während die Grünen dem gegenüber offen zu sein scheinen, ist die Haltung der SPD uneinheitlich, auch in unserer Fraktion gibt es eine abweichende Minderheitsmeinung und bei der FDP weiß ich noch nichts darüber. Als nächstes werde ich solche Gespräche informell bzw. bei den Fachleuten/Interessenten als Runde über andere Wege anstreben.

von Christian Walter

Kinderfreundliche Stadt? Fehlanzeige!



Christian Walter

Stadtrat

Studentische Liste – junges Stuttgart

Die guten Nachrichten vorneweg: Die KITA-Plätze werden ausgebaut, das Schul-sanierungsprogramm geht weiter und auch die Sportvereine in Stuttgart werden ihren Betrieb nicht einstellen müssen. Das war es dann aber auch schon. Leider konnte sich die schwarz-grüne Haushaltskoalition nicht dazu durchringen, unsere Vorschläge zumindest zu bedenken. Dabei wäre das aller Ehren wert gewesen:

Kindertagesstätten (KITAs)

Im Bereich der KITAs sprachen wir uns dafür aus, das letzte Jahr zukünftig für alle Kinder beitragsfrei zu gestalten. Da die KITA schon längst Teil der Bildungsinfrastruktur ist, sollte sie eigentlich durchgängig kostenlos sein. Andere Bundesländer

und Kommunen können (oder wollen) dies stemmen. Das kostenfreie letzte Jahr sollte als Einstieg dazu dienen. Der Kostenpunkt: 3,9 Mio. € pro Jahr; eigentlich keine große Summe in einem Milliardenhaushalt. Ergebnis? Schwarz-grün, mit der Unterstützung einiger anderer Fraktionen, hat nicht nur unseren Vorschlag abgelehnt, sondern gleich noch die KITA-Gebühren um 13 % erhöht! Mehr als bitter ... in anderen Bereichen wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen und hier sammelt man es bei den Eltern wieder ein. Aus unserer Sicht ein absolutes Unding!

Ganztageschulen

Nicht besser sieht es im Schulbereich aus. Als soziale Maßnahme haben wir hier beantragt, dass das Essen in allen Ganztagesgrundschulen (und KITAs) kostenfrei sein soll.

Die Vorteile eines gemeinsamen Essens sind aus pädagogischer und sozialer Sicht unbestritten.

Gerne finanziert hätten wir die anfallenden Kosten über die Erhebung einer Bettensteuer, also einer geringen Abgabe auf Übernachtungen in Stuttgarter Hotels. Beides wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Damit nicht genug: Auch der Antrag „Freie Fahrt für Schülergruppen“, im Bürgerhaushalt auf Platz 16, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Selbst bei zahlreichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen wollten die Fraktionen kein Geld bereitstellen, obwohl diese von der Verwaltung für die nächsten zwei Jahre als notwendig dargestellt wurden.

Insgesamt muss man festhalten, dass sich im Schulbereich zwar etwas tut – Ausbau der Ganztageschulen, Inklusion, Sanierung – aber hier auch noch reichlich Luft nach oben wäre.

Sport im Park

Im Sport, wo traditionell große Einigkeit über die Bereitstellung von Mitteln herrscht, folgte auf die Beratungen ebenfalls Ernüchterung: Zwar konnten kleinere Projekte wie Sport im Park, die wir für unterstützenswert halten, beschlossen werden, aber zum Beispiel bei der Sanierung von Kunstrasenplätzen deutet sich ein riesiger Stau an, den die Fraktionen nicht willens waren aufzulösen. Außerdem abgelehnt:

Unsere Forderung, die öffentlichen Sport- und Bolzplätze zu sanieren.

Diese Forderung kam aus der Mitte des Jugendrats; das Garten-, Friedhofs und Forstamt bestätigte auf unsere Anfrage hin einen riesigen Sanierungsbedarf. Obwohl solche Spielflächen unzweideutig zu einer kinderfreundlichen Stadt gehören, wie sie OB Kuhn erst im Juli 2015 in seiner „Konzeption kinderfreundliches Stuttgart“ angepriesen hat, wollte man hierfür keine Mittel in den Haushalt stellen. Ein anderes Beispiel: Für die Finanzierung eines Hallenbads in Weilimdorf haben wir vorgeschlagen, einen Versuch der Schwarmfinanzierung („Crowdfunding“) zu unternehmen. Die Haltung der anderen Fraktionen: Besser gar nichts unternehmen, wie es seit Jahrzehnten bei diesem Thema der Fall ist.



Spielplatz in Stuttgart



von Gangolf Stocker

Die Mooswand



Gangolf Stocker

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)



Schöne neue Mooswelt

Die Mooswand soll's nun also bringen. Man möchte – nach dem Feinstaubkleber – über 300.000 Euro ausgeben für eine so genannte „wissenschaftliche Untersuchung“, um mittels einer Wand aus Moos die Feinstaubwerte am Neckartor zu senken. Im Ernst, wir haben ja nichts gegen wissenschaftliche Untersuchungen, wenn diese vom Ansatz her geeignet sind, ein vorhandenes Problem zu lösen.

Was ist das Problem?

Seit Jahrzehnten sind die Feinstaub- und Stickoxidwerte nicht nur am berühmten Neckartor in Stuttgart zu hoch, viel zu hoch. Der Verkehr in Stuttgart produziert eine Atemluftverschmutzung, die die Bronchien und Lungen von Kindern und Erwachsenen angreift und in der Folge zu vorzeitigem Tod führt. Das allein – müsste man meinen – würde eine Verwaltung, einen Gemeinderat nicht ruhen lassen, da einzugreifen. Aber der Hauptverursacher ist der Verkehr, und der ist heilig. Der Wirtschaftsstandort Stuttgart muss laufen, der Einzelhandel, die Zulieferung, aber vor allem: Nix gegen das Auto! Jetzt kommt die EU – übrigens schon seit Jahren, und nicht erst plötzlich – mit ihren Feinstaub- und demnächst auch mit ihren Stickoxidminderwerten daher, und jetzt ist guter Rat teuer. Was tun, wenn man nichts tun will? Da gab es vor Jahren das Wundermittel für die „Laissez-faire-Fraktion“ im Gemeinderat, den Feinstaubkleber, der Feinstaub festkleben sollte. Bekanntlich klebte der nicht.

Die Deutsche Umwelthilfe hat nun nicht nur Anzeige gegen die Landesregierung

erstattet, sondern auch Wissenschaftler beauftragt, in Stuttgart einmal nachzumessen. Herausgekommen sind „erschreckend hohe Werte“, nämlich zwischen 80 und 150 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft; zulässig sind 40 Mikrogramm. Vor den Schulen wurden ähnliche Werte gemessen. Es nützt also nichts, wenn – wie von der CDU einmal vorgeschlagen – man die Luftschadstoffe woanders misst, im Park vielleicht; die Deutsche Umwelthilfe misst nach. Es ist ein bisschen wie bei VW: Es kommt raus und – wie die amerikanische Justizministerin Lynnch sagte „Ihr kommt uns nicht davon“. Vor allem die Gefährdeten kommen nicht davon, ihre Lungen.

Die Lösung

Die gescheiteste Lösung wäre die Reduzierung bzw. Halbierung des Verkehrs. Man könnte das wie in Paris oder Peking machen: An einem Tag die geraden, anderntags die ungeraden Autokennzeichen. Aber nein, so radikal ist die Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke PluS nicht. Sie schlug ein anderes Modell vor, zwei Vorschläge, die sich gegenseitig bedingen bzw. ergänzen: Eine Entschleunigung sämtlicher Vorbehaltstraßen, also derjenigen Straßen, auf denen heute noch Tempo 50 bzw. 60 gefahren werden darf (also nicht nur die paar bergauf führenden Vorbehaltstraßen) auf Tempo 40 zu reduzieren und – parallel dazu – den 10-Minuten-Takt der SSB vorerst bei den Stadtbahnen bis 23 Uhr zu verlängern. Das hätte die Stadt unter Umständen 5 Mio. Euro pro Jahr gekostet. Beides wurde – auch von den GRÜNEN – abgelehnt. Klar, sie hatten ja auch eine

Abmachung mit der CDU. Lieber gibt man Millionen für die Oper, fürs Ballet, für die Wagenhallen aus, die man abends dann mit dem Auto anfahren muss, weil möglicherweise bei der Rückfahrt die halbe Stunde Wartezeit auf den Bus oder die Stadtbahn dann doch zu lästig ist. Die Ablehnung (Begründung: Man fürchtet, leere Stadtbahnen könnten abends durch die Gegend fahren) kam ausnahmslos von Autofahrern.

Die Scheinlösung: die Mooswand

Sie dient eigentlich nur der Aufschiebung „Nun lasst uns doch mal das Ergebnis der Wissenschaftlichen Untersuchung abwarten“. Sicher, Moos absorbiert CO₂. Aber dazu muss es feucht sein. Ständig. Es darf nicht austrocknen. Jetzt sind wir mal gespannt, wie das bewerkstelligt wird. Und: Kann die Mooswand alle CO₂-Emissionen am Neckartor schlucken? Mercedes plant schon einen Smart mit Moos-Karosserie. Der fährt dann nicht elektronisch, sondern mit Wasser, oder? Ob das die Lösung der Luftschadstoffe ist? Wir gehen zum Lachen mal schon in den Keller.

Fazit: In Stuttgart regieren Daimler und Porsche mit Hilfe der Grünen.

Die Deutsche Umwelthilfe hat Recht: Der grünen Landesregierung und dem grünen OB sind die Sorgen und Nöte der Autoindustrie allemal wichtiger als die Lungen ihrer Bürger. Prost. Eine Flasche Wasser auf die Mooswand!

von Laura Halding-Hoppenheit
Soziale Vielfalt



Laura Halding-Hoppenheit

Stadträtin
DIE LINKE

Die Haushaltsberatungen sind vorbei und wir blicken zurück auf eine lange und intensive Arbeitsphase. Leider waren viele Bemühungen für eine sozial-vielfältige Akzentuierung in Stuttgart vergebens dank CDU und ihrem grünen Juniorpartner. Diese Verhandlungen waren mehr als nur eine Farce.

Ein Bedarf an sozialen und präventiven Projekten in Stuttgart ist vorhanden, doch bei den Beratungen fand so gut wie keine Kommunikation statt. Die dritte Lesung war weniger Lesung, sondern eher ein gedeckter Tisch für CDU und Grüne, welche sich die Brocken einheimsten und für die übrigen Fraktionen nur Krümel übrigließen, so wurde jeder Ansatz an innovativen Projekten zunichte gemacht. Der Haushalt 2016/17 sollte zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart ausgehandelt werden, stattdessen ist diese Verhandlung nur zu einer Kraftprobe der Parteien geworden, wahrscheinlich auch mit Blick auf die kommende Landtagswahl – Bürgerwohl, Nachhaltigkeit oder soziales Profil: Fehl am Platz!

Ein besonders für die Präventionsarbeit wichtiges Projekt war vor zwei Jahren „City Streetwork Stuttgart“, die „Wiederbelebung“ dieses Projektes wurde abgelehnt. Obwohl genau solche Projekte wichtig sind, um Jugendliche abends oder nachts in der Stuttgarter Innenstadt vor Problemen zu warnen oder aufmerksam zu machen, egal ob Alkohol oder Gewalt, so können oft teure Polizeieinsätze oder noch teurere Therapien gespart werden. Man muss die Menschen dort abholen, wo die Probleme entstehen, um für die Zukunft zu arbeiten, doch Zukunftsorientiertheit ist bei

Schwarz-Grün eher Kosmetik als echtes Anliegen.

Ein kostenloses Essen in Kita und Schule scheint in einer so reichen Stadt wie Stuttgart eigentlich nicht zu viel verlangt zu sein, bei unserer Kommunalkoalition Schwarz Grün ist dies aber wohl so. Die Meinung der CDU ist, dass man Eltern nicht ganz aus der Verantwortung nehmen solle. Dies ist gut, doch dann sollte man dies auch mal den Kindern so sagen, deren Eltern es nicht geschafft haben, diese Gebühren zu tragen. Die Mieten explodieren, sozialer Wohnbau wird nicht betrieben, die Strompreise steigen wie die Preise der SSB. Da kann die Essensgebühr in der Kita, für eine Familie, die ein nicht so großes Einkommen hat, ein Faktor sein, welcher entscheidet, ob das Kind neue Schuhe, ein neues Mäppchen oder aktuell doch nur ein kleineres Weihnachtsgeschenk bekommt. Es ist traurig, dass die CDU Verantwortung mit Armut verwechselt.

Es wurde von den Ehrenamtlichen der Flüchtlingsbetreuung, welche an den Grenzen ihrer Kräfte angekommen sind, im Rathaus demonstriert, um auf den Betreuungsschlüssel der Geflüchteten aufmerksam zu machen, welcher viel zu hoch angesetzt ist. Unsere Forderung, diesen zu senken, wurde auch von den Grünen konsequent abgelehnt. Personal zu überfordern und Flüchtlinge allein zu lassen, ist eine Rechnung, welche nur Burnout und schwierige Integration nach sich zieht. Dies sind Kosten, die einfach in die Zukunft „ausgelagert“ wurden, wieder keine Spur von Zukunftsorientierung!

Im Bereich Kultur sah es nicht besser aus, große Prestigeeinrichtungen werden im Vergleich zu kleinen Einrichtungen bevorzugt. Doch genau diese kleinen, oft



Demo für Vielfalt

innovativen Einrichtungen werden von einem großen Querschnitt der Bevölkerung besucht. Wenn die Stadt von kultureller Inklusion spricht, sollte sie sich vor Augen halten, wo die Bevölkerung wirklich hingehet: nämlich nicht in von Eliten besuchten Prachtbauten, sondern in die kleinen, auch ohne Abendgarderobe begeharen und bezahlbaren Einrichtungen.

Bevor aber Schwarz-Grün mehr Geld für Soziales oder Kultur ausgibt, gibt sie lieber 30 Millionen (!) Euro für die Wagenhallen aus. Dieses hochkommerzielle Projekt, welches so sehr benötigt wird wie ein Kropf, ist bezeichnend für die aktuelle Politik der CDU und ihrem Junior. Dieses Projekt wird nicht nur den Charme der Wagenhallen zerstören, welcher diese über Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht hat, sondern auch die vielen Künstler bei ihrer Arbeit stören. Es gibt genügend große Konzertereinrichtungen in Stuttgart. Und die Anwohner werden auch nicht erfreut sein, wenn nachts über zweitausend Menschen durch den Bezirk ziehen. Doch so viel zu den Wagenhallen, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Zum Schluss ein guter Spruch, den ich neulich gelesen habe: „Die Blätter, die im Sommer noch grün waren, werden im Herbst braun und hässlich.“



Demo für Vielfalt



Guntrun Müller-Enßlin

Stadträtin
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)



Protestaktion von Kulturschaffenden zum Doppelhaushalt 2016/2017

In unserer Sommerklausur hatten wir die Eckpfeiler eines kulturpolitischen Profils ausgearbeitet. Korrespondierend dazu kamen im Lauf des Herbstes die Vertreter vieler meist kleinerer kultureller Einrichtungen auf uns zu mit der Bitte, uns für erhöhte Fördermittel einzusetzen. Auf diese Weise habe ich/haben wir die Kulturlandschaft Stuttgarts in dieser Zeit gut kennen gelernt und war/en beeindruckt von der Vielfalt der Institutionen und Angebote. Im Folgenden eine Zusammenfassung unseres erarbeiteten kulturpolitischen Profils – was uns wichtig ist:

1. Erhalt einer vielfältigen städtischen Kulturlandschaft

Eine blühende kulturelle Infrastruktur in Stuttgart bedarf sowohl größerer Institutionen mit Leuchtturm-Charakter als auch kleinerer Einrichtungen in einer gesunden Mischung. Wir setzen nicht auf prestigeträchtige Großprojekte (Planungsmittel Oper, Wagenhallen-Veranstaltungsbetrieb), wir wollen nicht in Bauwerke, sondern in Menschen investieren. Den Glaubenssatz, dass große erfolgreiche Einrichtungen und Projekte zwangsläufig wachsen müssen, lehnen wir ab.

Konkrete Anträge:

- Keine Erweiterung des Veranstaltungsbetriebs Wagenhallen, sondern Erhaltung der jetzigen Nutzungsmischung.
- Ablehnung des Vorschlags der Grünen Liste, das Dance Festival Gauthier Colours mit zusätzlich 100.000 € zu fördern.

2. Schluss mit struktureller Unterfinanzierung

Wir wollen besonders die kleinen, oft chronisch unterfinanzierten Einrichtungen fördern. Die Vorschläge der Verwaltung zur Behebung struktureller Unterfinanzierung sind ein Schritt in die richtige Richtung. Antrag: Das von der Kulturverwaltung vorgestellte Modell, die institutionelle Zuwendung um 15 % zu erhöhen, soll in voller Höhe beschlossen werden. Das weiter vorgeschlagene Stufenmodell für andere geförderte Einrichtungen sollte modifiziert werden. Wir votieren dafür, dass alle 15 % mehr bekommen.

Konkrete Förderanträge über die Förderung durch das Stufenmodell hinaus z. B. für: Nellys Puppentheater, Theater der Altstadt, Theater am Faden, Ascolta, Bix, Künstlerhaus, Akademie für gesprochenes Wort usw.

3. Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche

Jede/r Stuttgarter Bürger/in soll am kulturellen Leben teilnehmen können. Deswegen müssen Kinder und Jugendliche bis zum Ausbildungsende grundsätzlich freien Eintritt zu Museen und Bibliotheken haben. Die überverhältnismäßige Subventionierung von Eintrittsgeldern für Institutionen, die vorwiegend von zahlungskräftigem Publikum und kleinen Eliten genutzt werden, stellen wir grundsätzlich infrage.

4. Besondere Förderung von niederschweligen Kulturinstitutionen zum Selber Experimentieren, direkte Projektförderung, Förderung innovativer Projekte und solcher, die zur Inklusion beitragen.

Menschen aus allen Bildungs- und Bevölkerungsschichten sollen Kultur nicht nur konsumieren, sondern auch selber experimentieren und dadurch Zugang zu ihren eigenen kreativen Ressourcen finden. Konkrete Förderanträge für „Ausdrucksreich“, „Gospel im Osten“, „Tanzgang“, „Rosenresli“, Kulturinitiative Bohnenviertel, Performance Electrics, kleinere Chorprojekte. Gerne hätten wir im Haushalt 2016/17 Akzente gesetzt, die dem kulturpolitischen Profil unserer Fraktion entsprechen. Allein, das „schwarzgrüne Haushaltbündnis der Vernunft“ machte uns dies sehr schwer und die Verhandlungen über weite Strecken zur Farce, so dass am Ende nur Teile dessen verwirklicht werden konnten, was wir uns gewünscht hätten. Selbst die Kulturförderung der Initiative Bohnenviertel, die einen wertvollen Beitrag zur Inklusion leistet, wurde abgelehnt. Und Rondo Vocale kennt jetzt jeder. Falls nicht: Das ist der kleine Chor, dem gerade mal 800 Euro fehlen, um seine Instrumentalensembles auskömmlich zu honorieren. Diese Summe hatten wir in einem Antrag gefordert. Allein das vernünftige Haushaltbündnis erwies sich als vollkommen unflexibel und verweigerte, alle Vernunft konterkarierend, die Minisumme, die diesen Chor glücklich gemacht hätte.

von Christoph Ozasek

Viel heiße Luft



Christoph Ozasek

Stadtrat
DIE LINKE

Es ist Freitag, 18. Dezember. Während im Großen Ratssaal seit knapp 10 Stunden unter den Stadträten hitzig über den zukünftigen Kurs der Stadt gestritten wird, lockt draußen das anhaltende Frühlingwetter die ersten Knospen an den kahlen Ästen der Stadtbäume hervor und die Menschen auf den Weihnachtsmarkt. Der Dezember könnte als wärmster Monat seit Beginn der Wettermessungen in die Statistik eingehen. „Leise rieselt der Schnee“ summe ich abgekämpft in mich hinein und denke wehmütig an unförmige Schneemänner mit Karotten-Nasen und ritterliche Iglu-Burgen aus vergangenen Kindheitstagen zurück. Klimaveränderung ist heute spürbar – draußen wie drinnen. Die Stadtpolitik ist auf den Kopf gestellt, seitdem CDU und B90/Grüne im Herbst vollmundig eine „Koalition der Vernunft“ geschmiedet haben, um die langen Wunschzettel ihrer wohlhabenden Wählerschaften fürs Weihnachtsfest zu erfüllen. Der Klimawandel ist die größte Bedrohung für die Menschheit, Katalysator für Verarmung, Flucht und militärische Konflikte um lebenswichtige Ressourcen wie Frischwasser. Die rasante Verwüstung von Ackerland schreitet durch ihn voran, Wetterkatastrophen nehmen zu, nicht zuletzt auch der Hunger, der uns in endlosen Plakatkampagnen zur Weihnachtszeit ins Bewusstsein gehämmert wird. Das in dieser Woche in Paris verabschiedete globale Klimaschutzabkommen ist trotz vieler Schwächen im Detail doch ein kleiner Hoffnungsschimmer, erfordert aber einen tiefgreifenden Systemwechsel. Ohne einen heute beginnenden Dekarbonisierungsprozess (Ausstieg aus der Kohle) bleibt dieser erste Friedensvertrag



Typische Verkehrssituation in Stuttgart

zwischen Menschheit und Natur eine bloße Absichtserklärung. „Wir verifizieren Paris in Stuttgart!“, schmetterte OB Fritz Kuhn in seiner Eingangsrede den Stadträten entgegen. Dicht gefolgt von Anna Deparnay-Grunenberg, Fraktionsvorsitzende von B90/Grüne, die vollmundig verkündet: „Das ist der nachhaltigste Haushalt, den diese Stadt je gesehen hat!“. An markigen Sprüchen mangelte es bei den Haushaltsberatungen wahrhaftig nicht. Ich rufe mir die Luftschadstoffkrise ins Bewusstsein. Das Stadtzerstörungsprojekt Stuttgart 21. Die endlosen Abwehrstrategien der Grünen und des OB gegen Fahrverbote. Den eilig erlassenen Maulkorb des Ministerpräsidenten für Verkehrsminister Hermann, als dieser öffentlich für eine City-Maut plädiert hatte. Ich denke an die ablehnende Haltung der grünen Ratsfraktion bei der Debatte um Ausbauvorhaben für den ÖPNV und bessere Straßenbahn-Takte. Vor mir liegen meine Notizen der vergangenen Tage, die Bilanz der schwarz-grünen „Koalition der Vernunft“: Neu geschaffene Stellen zur Verflüssigung des Autoverkehrs, Millionen für ein neues Parkleitsystem, der Weiterbau des Auto-Magnets Rosentunnel, mehr Geld für Straßen und das Förderprogramm für den E-Autoverkehr, und denke mit Blick auf das neue Bündnis nüchtern bei mir: „Pechschwarzes Rohöl war auch einstmals grüne Flora“. Stunde um Stunde im Verlauf der 3. Lesung wachsen meine Zweifel an der Bündnisfähigkeit der Grünen in ökologischen Fragen. Gerade habe ich mit voller Überzeugung meinen Antrag für den Ökologischen Fußabdruck als strategische Maßeinheit für die lokale Nachhaltigkeitsstrategie begründet und auf Städte wie London, Mailand oder unsere Partnerstadt Cardiff verwiesen, die alle genau dieses Instrument nutzen. Wieder schießen die gesammelten Hände aus der Mitte des Gemeinderats in die Höhe.

„Der Antrag ist damit abgelehnt“, spult der Vorsitzende zum x-ten Mal beinahe mechanisch ab. Schwarz-grüne Basta-Politik. Immer wieder setze ich an, argumentiere, rufe Fakten ins Bewusstsein: Verbot der skandalösen Stromsperren, Energiesozialtarife für arme Haushalte, notwendige Stellen zur Pflege von Stadtbäumen und für die vernachlässigten Grünanlagen, Ausweitung der Baumschutzsatzung auf das ganze Stadtgebiet ... alles wird abgelehnt. Trinkwasserspender in der City? Ein Investitionsprogramm in Spielstraßen und verkehrsberuhigte Bereiche? Ein Fußgänger-Beauftragter zur Verbesserung barrierefreier Wegebeziehungen und für kinderfreundliche Stadträume? Basta! Schwarz-Grün schmettert alles ab. Klimawandel, denk ich mir. Im neuen Jahr wird das neue Energiekonzept der Stadt verabschiedet. Darin enthalten ist die „Vision 2050“, eine Selbstverpflichtung der Stadt zur Klimaneutralität. Von Aufbruchsstimmung und Vernunft verspüre ich heute nichts, sehe keine mutigen Lösungen für eine ökologische Verkehrswende, einen Stadtbau nach menschlichem Maß, stattdessen viel wohlklingende Rhetorik und heißen Dampf.

Ob für B90/Grüne die Koalition mit der Autofahrer-Partei CDU, mit den Energiewende-Blockierern Segen oder nicht doch ein Fluch sein wird, werden die herannahenden Landtagswahlen zeigen. An Glaubwürdigkeit hat die Partei nach diesen Haushaltsberatungen jedoch erheblich verloren.



S-Bahn Halt Schwabstraße

von Redaktion

Das Maß ist voll – Eine Glosse

SÖS-LINKE-PLuS und GRÜNE kritisieren auf einer Pressekonferenz Oberbürgermeister Sebastian Turner. Hannes Rockenbauch entschuldigt sich bei den Stuttgartern.

„Oberbürgermeister Turner ist eine Katastrophe“, so Hannes Rockenbauch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Gemeinderatsfraktionen von SÖS-LINKE-PLuS und GRÜNE. Stuttgart brauche dringend bezahlbaren Wohnraum, aber CDU – OB Turner verhindere dies und liefere Stuttgart weiter den Investoren aus. Das hätte so dick nicht einmal Schuster gebracht: städtisches Grundeigentum wie am Vogelsang, in der Nadlerstraße oder der Villa Berg wird an Investoren verhökert und die Chance vergeben, eigene städtische Wohnungen mit Sozialbindung zu bauen. Bei der Villa Berg wurde der Investor sogar von SIM, also der Verpflichtung, mindestens 20 % geförderte Wohnungen zu bauen, entbunden. Und seinen Finanzbürgermeister Föll lässt OB Turner Cloud 7 einweihen und loben: Bauen für die Superreichen, das gefalle der Stadt. Bei der Einweihung von Milaneo und Gerber sang der OB er das hohe Lied des Konsumrausches. Bei Stuttgart 21 ist er der Hofnarr der Deutschen Bahn. Stuttgarts Naturschatz, die Mineralquellen, sind in Gefahr.

OB Turner spricht kein Machtwort, sondern beschränkt sich auf eine zahme Pressemitteilung, statt endlich zu sagen: Schluss jetzt!

Auch die GRÜNE sind entsetzt. OB Turner lehnt das neue Bürgerbegehren zu S21 mit der Begründung ab, es sei nicht bewiesen, dass der Tiefbahnhof weniger Kapazität habe. Die Grünen erinnern daran, dass Boris Palmer in der Schlichtung genau dies nachgewiesen habe. OB Turner führe sich auf wie ein leitender Angestellter der DB, kritisieren die GRÜNE. So würden die alten Beschlüsse des Gemeinderates, bei Kostenerhöhung für S21 ein Bürgerbegehren durchzuführen, einfach ignoriert. Bei der Debatte über zwei Bürgerbegehren zu S21 verweigerte Turner den Vertrauensleuten das Rederecht. Hier sei sogar Schuster souveräner gewesen. Das erschüttere die Grundfesten des grünen Verständnisses von demokratischem Umgang. Die GRÜNE sind als Basisbewegung angetreten, für die eine Politik des Gehörtwerdens zu den unverzichtbaren demokratischen Basics gehört. Seit Turner regiert, gingen Investoren und Industrielle im Rathaus aus

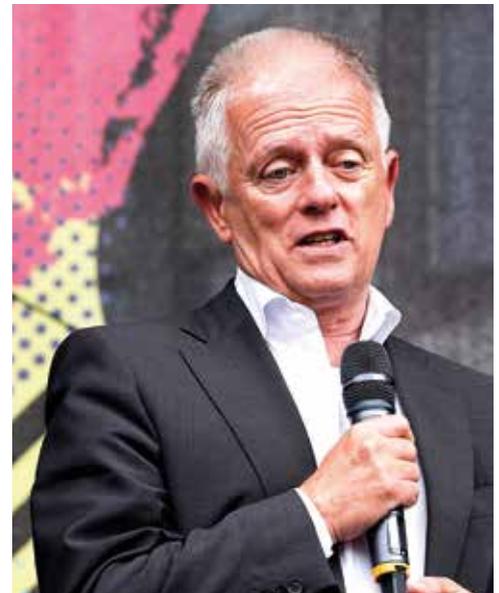
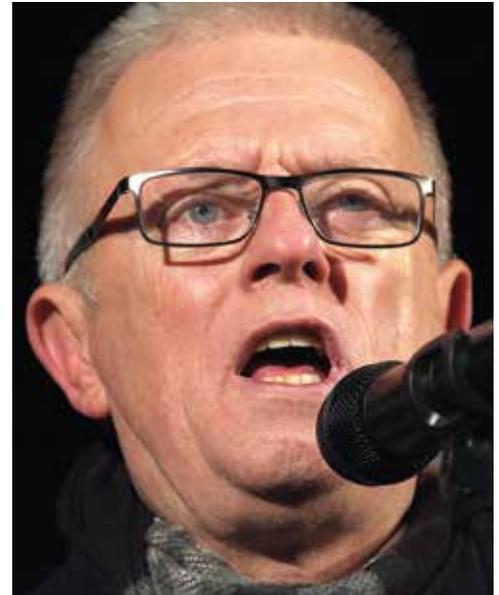
und ein, die Vertreter der Bürgerinitiativen bekämen kurze Alibihörtermine, die meist konsequenzlos bleiben. Gangolf Stocker, Verkehrsexperte bei SÖS-LINKE-PLuS, stimmt den GRÜNE zu. Gemeinsam hatten GRÜNE und SÖS-LINKE-PLuS zuvor beantragt, dass der Bau des Rosensteintunnels nach Bekanntwerden der Preissteigerung um 40 Millionen Euro gestoppt werden muss. Er bringe nicht nur mehr Verkehr, Lärm, sondern erhöhe die Feinstaubbelastung. OB Turner agiere hier als verlängerter Arm von Daimler und Porsche. Es liege kein schlüssiges Konzept gegen Feinstaub und Staus vor. Und zuletzt der Gipfel: im Geheimen hat Turner ein Abkommen mit CDU, SPD, FDP und Freien Wählern geschlossen mit der Absprache, dass sie gegenseitig für ihre Haushaltsanträge stimmen, um so Diskussionen über die alternativen Anträge von SÖS-LINKE-PLuS und GRÜNE zu vermeiden. „Die Demokratie wird mit solchen Absprachen außer Kraft gesetzt, das ist Machtpolitik pur“, beschwerten sich die GRÜNE.

Hannes Rockenbauch entschuldigte sich auf der Pressekonferenz bei der Stuttgarter Bevölkerung.

Wäre er nicht im zweiten Wahlgang weiter angetreten, was ja Fritz Kuhn fast 10 % Stimmen kostete, so wäre heute Fritz Kuhn und nicht Turner Oberbürgermeister. Fritz Kuhn und die GRÜNE, so erinnert Rockenbauch, hatten sich im Wahlkampf klar für mehr sozialen Wohnungsbau, eine Stadt ohne Staus, die kritische Begleitung bis hin zu einem eventuellen Stopp von S21 ausgesprochen. „Nun müssen wir uns auf unsere S21 – Kampftraditionen besinnen“, so Rockenbauch, „und durch außerparlamentarische Aktionen Druck auf den OB machen, damit die Stadtzerstörung gestoppt wird.“

SÖS-LINKE-PLuS streben für diese Ziele den Schulterchluss mit den GRÜNE an.

Rr-Rr-Rr-Rr!!! – Der Wecker klingelt, es ist 6.30 Uhr. Schon wieder so ein absurder Traum, bei dem sich Hoffnungen, Ängste und Realität zu einer Science Fiction Vision verbinden. Immer noch sitzen in meinem Unterbewusstsein die alten Hoffnungen auf die GRÜNE fest. Schnell frühstücken, um 8.00 Uhr beginnt die Ausschussitzung im Rathaus.



Oberbürgermeister Fritz Kuhn

von Redaktion

Wir bleiben dran!

Unsere Fraktion hatte im September einen Antrag gestellt, Arbeitslosengeld II-Empfänger_innen in finanziellen Notlagen besser zu stellen, wenn sie mehrere Darlehen zurückzahlen müssen. Musste z. B. wegen der Anschaffung einer neuen Waschmaschine beim Jobcenter ein Darlehen aufgenommen werden und bereits zum Beispiel noch eine frühere Kautionsrückzahlung zurückgezahlt werden, wurden vom Jobcenter bis zu 30 % des Hartz-IV-Regelsatzes einbehalten. Es

gab zwischen Bund, Ländern und Gemeinden unterschiedliche Auffassungen und Rechtsauslegungen, ob für Darlehensrückzahlungen maximal 10 % oder 30 % des Regelsatzes abgezogen werden können. Es zeigte sich, dass sich unser Einsatz gelohnt hat. Denn Mitte Januar diesen Jahres kam erfreuliche Post vom Jobcenter: „Um dem Betroffenen ausreichend Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu belassen, ist die Tilgung für mehrere

Darlehen insgesamt auf 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs begrenzt.“ Auf dieser Grundlage begrenzt das Jobcenter seit dem 1. Januar 2016, auch bei mehreren Darlehen, die Aufrechnung auf 10 Prozent des maßgeblichen Regelbedarfes. Bei Bestandsfällen erfolgt die Umstellung sukzessive. Sofern also bereits der Regelsatz für Darlehensrückzahlungen um 30 % gekürzt ist, wird dies langsam auf 10 % reduziert.



Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Referentin: Ulrike Herrmann

Drei Finanzkrisen in nur zehn Jahren zeigen: Der Kapitalismus tritt in eine neue Phase ein. Ulrike Herrmann erklärt, warum Geld nicht reich macht, Großkonzerne die gesamte Wirtschaft beherrschen, wir nicht in einer Marktwirtschaft leben – und warum der Kapitalismus zusammenbrechen wird.

Diese großen Themen betreffen ganz konkret auch Kommunen wie Stuttgart, denn es geht dabei um kommunale Daseinsvorsorge mit den Themen Wasserversorgung und sozialem Wohnungsbau wie auch um die Zukunft der Automobilindustrie.

Ulrike Herrmann ist deutsche Wirtschaftsjournalistin, Redakteurin bei der taz und Autorin von „Der Sieg des Kapitals“.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG &
SÖS – STUTTGART ÖKOLOGISCH SOZIAL

Vortrag von Ulrike Herrmann

Wirtschaftsjournalistin,
Redakteurin bei der taz und Autorin

am Mittwoch 2. März 2016 um 19 Uhr
im Rathaus Stuttgart, Mittlerer Sitzungssaal, 4. OG

Bitte benutzen Sie als Eingang die Pforte Eichstraße, da der Haupteingang des Rathauses ab 18 Uhr geschlossen ist.

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Studentischen Liste – junges Stuttgart. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbauch

und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozašek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Urbat und mit der Studentischen Liste – junges Stuttgart«, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

Redaktion: Luigi Pantisano (lp), Renate Winterhoss (rwh), Hannes Rockenbauch, Tom Adler

Fotos: Roland Hägele, Redaktion
Gestaltung: preiselbeerdesign.de
Druck: UWS Papier & Druck GmbH

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.